

Kraftakt Krisenbewältigung

Ergebnisse repräsentativer Umfragen des Bankenverbandes begleitend zum Symposium Deutsche Fragen: „Kraftakt Krisenbewältigung: Was hilft, was ist finanzierbar, was gerecht?“ am 8. Mai 2009 in München.

Repräsentative Umfragen von Anfang April 2009 (1.003 Befragte) sowie Mitte März 2009 (1.056 Befragte) unter wahlberechtigten Deutschen durch das ipos-Institut Mannheim.

Mai 2009

Kernthesen

- I. Es gibt einen breiten Konsens hinsichtlich der Maßnahmen zur Krisenbewältigung und ein gestiegenes Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik. Gleichzeitig hat sich die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft – trotz Wirtschaftskrise – zumindest stabilisiert; die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit hat abgenommen.**

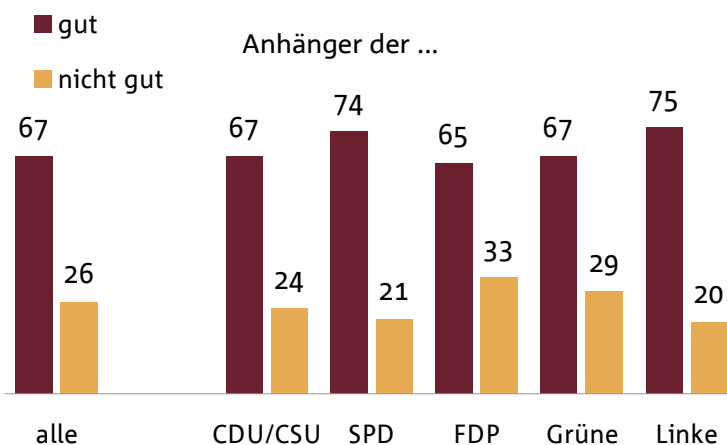
- II. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verändert die ordnungspolitischen Einstellungen der Bürger: Für einen Weg aus der Krise setzen die Deutschen stärker auf den Staat; das Vertrauen in den Markt ist hingegen erkennbar zurückgegangen.**

- III. Die Finanzmarktkrise beeinträchtigt erheblich das Vertrauen allgemein in die Finanzbranche; gleichwohl ist das Vertrauensverhältnis der Kunden zur eigenen Bank weiter intakt.**

I. Breiter Konsens hinsichtlich der Maßnahmen zur Krisenbewältigung und gestiegenes Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik. Gleichzeitig hat sich die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft – trotz Wirtschaftskrise – zumindest stabilisiert; die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit hat abgenommen.

1. **Es gibt einen breiten, die Anhängerschaft der einzelnen Parteien übergreifenden Konsens hinsichtlich der von der Politik ergriffenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung.** So befürworten gut zwei Drittel der Deutschen (67 %) das Mitte Februar vom Bundestag beschlossene zweite Konjunkturpaket zur Ankurbelung der Wirtschaft.

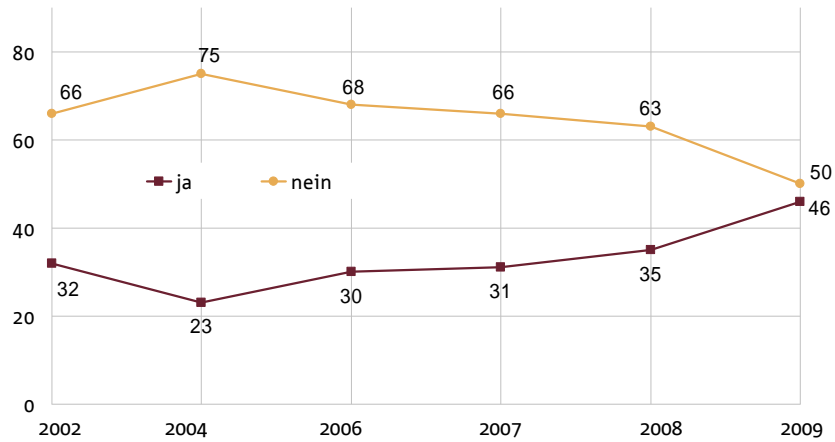
„Die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II finde ich ...“



Quelle: Bankenverband; Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

2. **Das Zutrauen in die Handlungs- und Problemlösungskompetenz der Politik ist deutlich gestiegen.** Zwar überwiegt noch leicht der Anteil jener Deutschen, die der Politik die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht zutraut, doch hat sich bereits seit einiger Zeit – besonders nun in der Krise – die Wahrnehmung der Bürger gewandelt. Dass die Politik auf nationaler wie internationaler Ebene entschlossen gehandelt hat, um die Krise zu bewältigen, findet hier seinen Niederschlag.

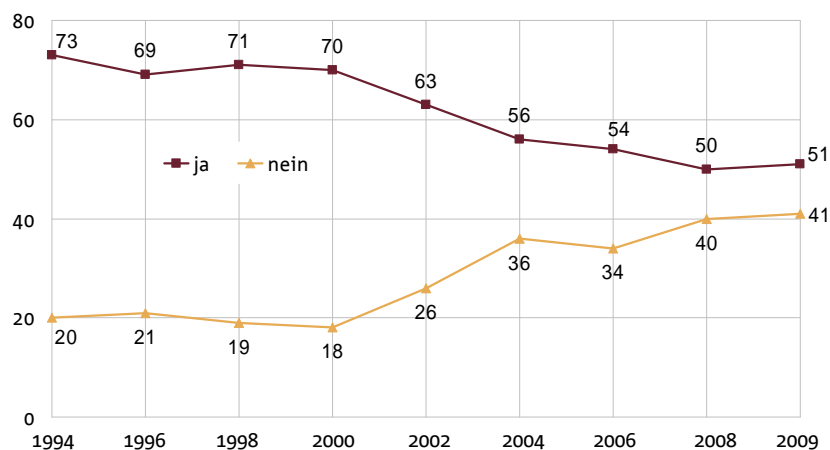
Ist die Politik in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen?



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

3. **Das Vertrauen der Bürger in die Soziale Marktwirtschaft ist – der Wirtschaftskrise zum Trotz – zuletzt (seit Oktober 2008) nicht weiter gesunken.** Nach Jahren abnehmender Akzeptanz hat sich damit die Zustimmung zur Wirtschaftsordnung immerhin stabilisiert, wenngleich auf einem nicht befriedigenden Niveau.

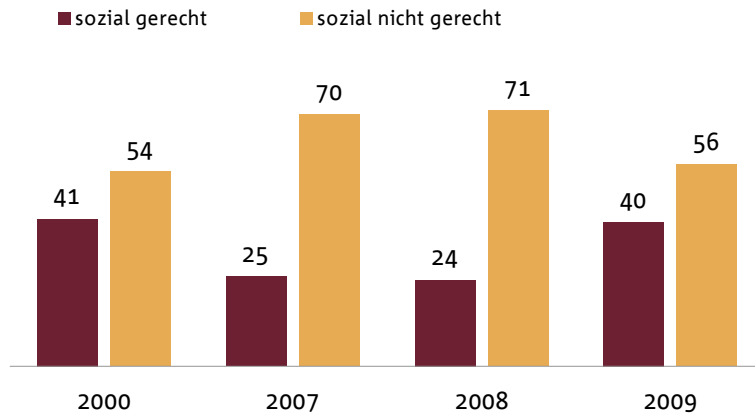
„Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt.“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

4. Mit 56 % der Deutschen beklagt weiterhin eine Mehrheit der Befragten, dass es hierzulande sozial nicht gerecht zugehe. Vor einem Jahr (März 2008) lag dieser Anteil allerdings noch weitaus höher, nämlich bei 71 %. Bei diesem Rückgang spielt sicher auch eine Rolle, dass die Politik infolge des gestiegenen kritischen Bewusstseins für teilweise als überzogen und ungerechtfertigt angesehene Managerbezüge sich dieses Themas angenommen hat und in der Wirtschaft inzwischen strengere Vergütungsmaßstäbe Anwendung finden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint in dieser Hinsicht wie ein „reinigendes Gewitter“ zu wirken und wahrgenommen zu werden.

„In unserer Gesellschaft geht es ... zu.“



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende Jahr sind mehr als ernüchternd. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für Deutschland mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung um 6 % die schlechteste Konjunktorentwicklung in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik. Die Deutschen haben in dieser Situation bislang besonnen reagiert und unterstützen weitgehend die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen.

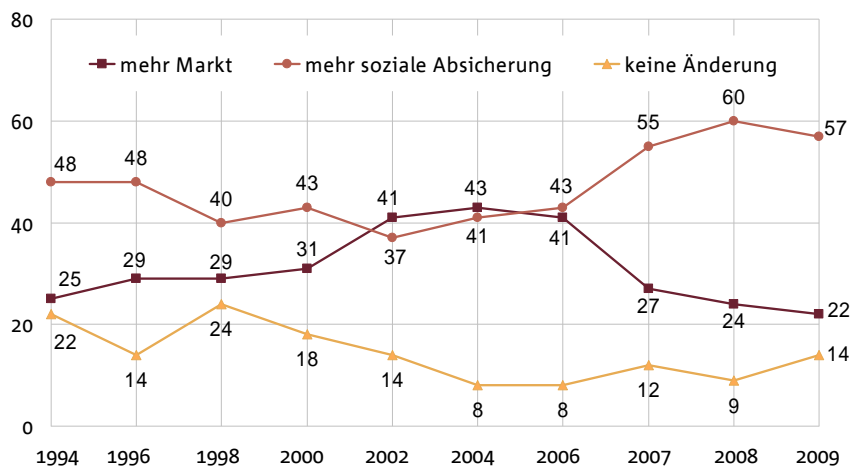
Wenngleich Banken beileibe nicht die einzigen waren, die durch Fehler zum Entstehen der internationalen Finanzmarktkrise und ihrer Folgen beigetragen haben, sind sie sich ihrer Verantwortung bewusst. Ihr Bestreben ist es, aus den begangenen Fehlern zu lernen und dort, wo Vertrauen verloren gegangen ist, es wieder zurückzugewinnen.

Damit es konjunkturell noch in diesem Jahr wieder aufwärts gehen kann, müssen Politik und Wirtschaft alles tun, um möglichst bald eine Bodenbildung zu erreichen. Die Gesundung des Finanzsystems ist in diesem Zusammenhang unverzichtbar; sie stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass die Finanzbranche ihrer Aufgabe der Kreditversorgung der Wirtschaft weiterhin in vollem Umfang nachkommen kann.

II. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verändert die ordnungspolitischen Einstellungen der Bürger: Für einen Weg aus der Krise setzen die Deutschen stärker auf den Staat; das Vertrauen in den Markt ist hingegen erkennbar zurückgegangen.

- 1. Der Ruf nach mehr „sozialer Absicherung“ durch den Staat hält an.** Während zwischen 1994 und 2006 der Wunsch der Deutschen nach „mehr Markt und Wettbewerb“ spürbar zugenommen hatte, schwingt das Pendel seit Ausbruch der Finanzmarktkrise deutlich zurück: Nur noch gut ein Fünftel (22 %) sieht aktuell in einer Stärkung der Marktkräfte eine wünschenswerte Perspektive. Hingegen hat die Forderung, der Staat solle für mehr soziale Absicherung sorgen, erheblich Anhänger gewonnen; fast sechs von zehn Befragten (57 %) sind inzwischen dieser Auffassung.

„Für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir ...“

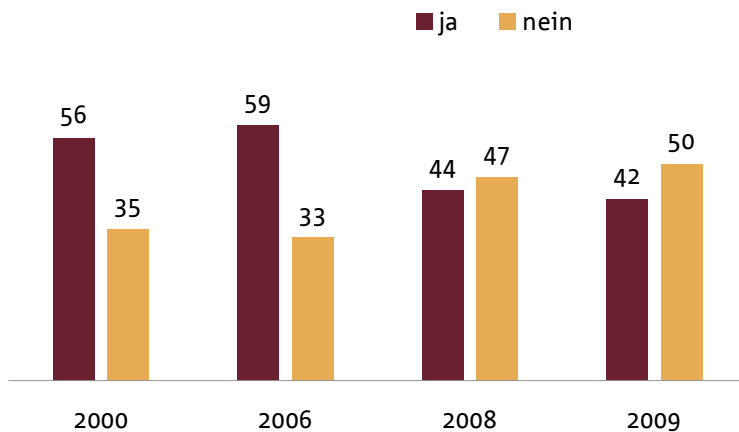


Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

- 2. Die Zustimmung der Bürger zu regulierenden Eingriffen des Staates in der Wirtschaft ist gestiegen.** Obwohl im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft teilweise

massiv zugenommen haben, sieht ein größerer Anteil der Deutschen (50 %) heute darin keine unzulässige Überregulierung. Noch vor drei Jahren war eine deutliche Mehrheit von 59 % der Meinung, in der Wirtschaft werde zu viel durch den Staat reguliert.

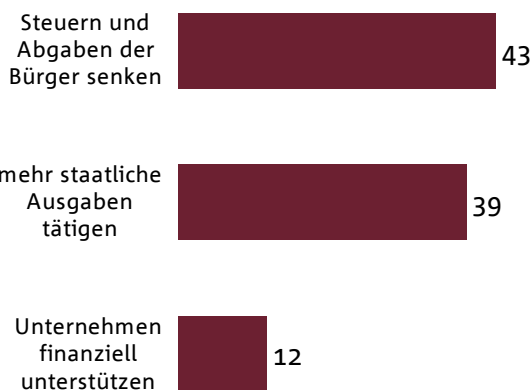
Werden in der Wirtschaft zu viele Dinge durch den Staat geregelt?



Quelle: Bankenverband; jüngste Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

3. **Vor die Wahl gestellt, welche Maßnahmen der Staat vorrangig ergreifen sollte, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, votieren 43 % dafür, Steuern und Abgaben zu senken, 39 % für weitere staatliche Ausgaben, etwa im Straßenbau oder für Bildung, und 12 % für finanzielle Hilfen an Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.**

„Um die Wirtschaft weiter anzukurbeln, sollte der Staat vorrangig ...“



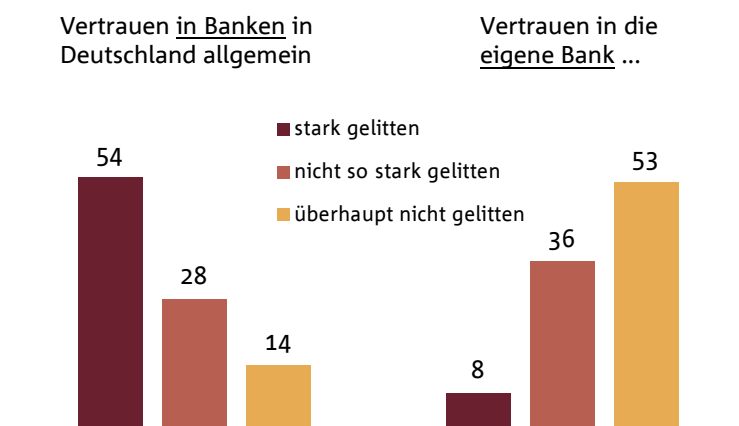
Quelle: Bankenverband; Befragung Anfang April 2009; Angaben in Prozent.

Die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise fordert den Staat in besonderer Weise. Dabei kommen zum Teil auch Instrumente zum Einsatz, die mit der reinen marktwirtschaftlichen Lehre nur schwer in Einklang zu bringen sind. In einer systemischen Krise – und spätestens seit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im Herbst vergangenen Jahres handelt es sich um eine solche – ist aber das entschlossene Eingreifen des Staates ohne Alternative. Die in dieser Hinsicht bislang von der Politik ergriffenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung finden daher die volle Unterstützung seitens der privaten Banken. Die Interventionsmaßnahmen des Staates – sowohl bei der Stützung des Bankensystems als auch auf dem Feld der Konjunkturpolitik – dürfen aber nur so lange dauern, wie es die Krise erfordert. Für beide Bereiche muss es deshalb auch eine Exitstrategie geben.

III. Die Finanzmarktkrise beeinträchtigt erheblich das Vertrauen allgemein in die Finanzbranche; gleichwohl ist das Vertrauensverhältnis der Kunden zur eigenen Bank weiter intakt.*

1. Von den Befragten äußern **54 %**, ihr Vertrauen habe allgemein in die Banken in Deutschland angesichts der Finanzmarktkrise „stark gelitten“ (28 % „nicht so stark“, 14 % „überhaupt nicht“). **Aber lediglich 8 % geben dies mit Blick auf ihre eigene Bank an.** Etwas mehr als ein Drittel (36 %) meint, das Vertrauen habe „nicht so stark“ gelitten, und mehr als die Hälfte (53 %), es habe „überhaupt nicht“ gelitten.

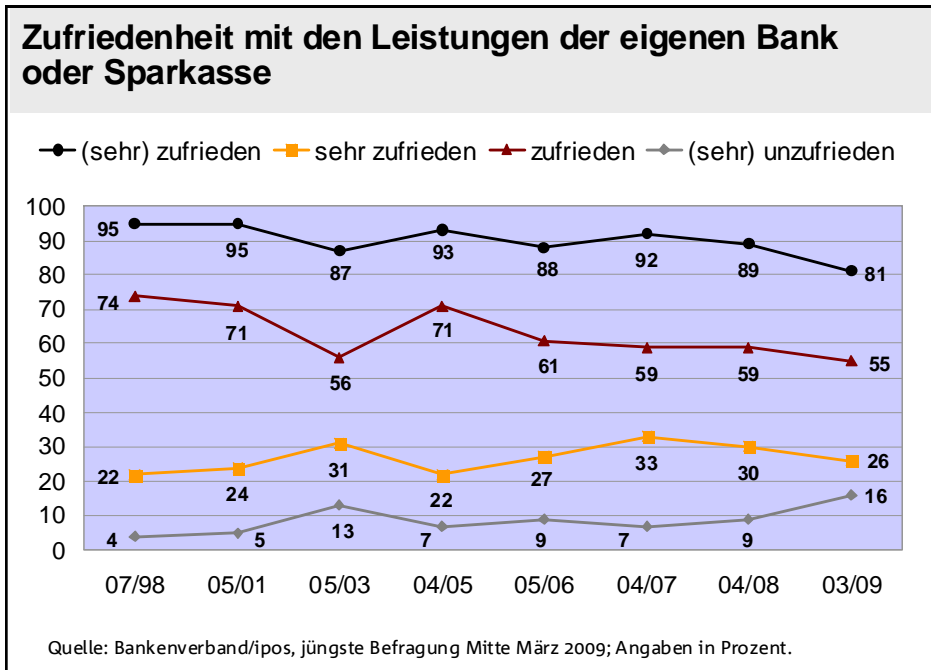
„Mein Vertrauen in die Banken / in meine eigene Bank hat angesichts der Finanzmarktkrise ...“



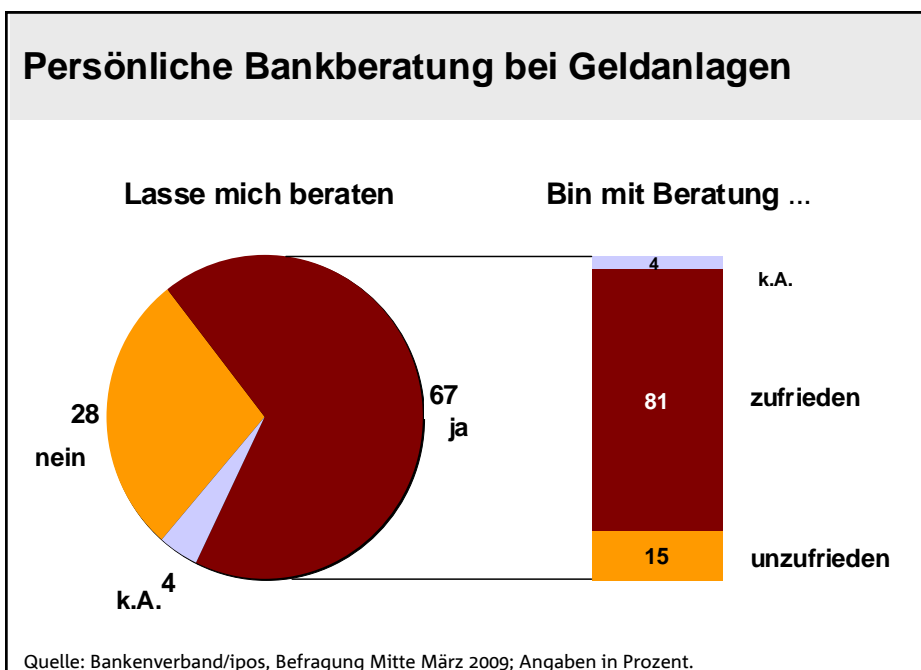
Quelle: ipos/Bankenverband; Befragung Mitte März 2009; Angaben in Prozent.

* Die in Kapitel III. folgenden Umfragedaten wurden zum Teil bereits im Handelsblatt vom 17.4.2009 publiziert.

2. Die Zufriedenheit mit den Leistungen der eigenen Bank ist gegenüber April 2008 leicht gesunken, bewegt sich jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. 81 % sind mit den Leistungen ihrer Bank oder Sparkasse weiterhin „zufrieden“ (55 %) oder „sehr zufrieden“ (26 %).



3. Auch die Zufriedenheit mit der Anlageberatung ist weiterhin hoch: Acht von zehn Bankkunden, die sich beraten lassen, sind mit der Anlageberatung ihrer Bank zufrieden. Im April 2008 waren es allerdings noch 87 %.



Das Verhältnis der Kunden zu ihrer eigenen Bank ist trotz der Finanzmarktkrise bislang weitgehend intakt geblieben. Das bedeutet jedoch nicht, dass Banken im Kunde-Bank-Verhältnis keine Fehler begangen hätten, aus denen sie nicht Lehren ziehen müssten. So wurden teilweise zu komplexe Finanzprodukte offeriert und nicht immer standen die Kunden so im Mittelpunkt, wie es sein sollte. Für die Anlageberatung heißt das: Ganz gleich, wie gut sich der einzelne Kunde in Finanzfragen auskennt – er muss so informiert werden, dass er die ihm angebotene Geldanlage verstehen und auf dieser Grundlage bewusst Risiken gegen Renditechancen abwägen kann. Daran haben auch die Banken ein Interesse, denn sie sind auf zufriedene Kunden angewiesen; ohne sie können Banken nicht erfolgreich sein.